

OPERATION Image-Rettung



PICTURE ALLIANCE / DPA / AXEL HEIMKEN

Versuch einer Ikonisierung:
Ursula von der Leyen auf dem Fliegerhorst
Hohn – in der Lederjacke ihrer Tochter

Es steht nicht gut um das modernste Kampfflugzeug der Luftwaffe. Nur jeder zweite der 19 Jets ist einsatzbereit, das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang von 9,9 Prozent. Bei den älteren Modellen sieht es nicht besser aus, ihre Einsatzbereitschaft schwankt zwischen 49 und 65 Prozent. Der Stabschef der Luftstreitkräfte warnt vor der nachlassenden Abschreckungswirkung und herbem Personalverlust. „Piloten, die nicht fliegen“, sagt der Vier-Sterne-General, „werden nicht bei uns bleiben.“

VON THORSTEN JUNGHOLT

So ist die Lage in Amerika. Die Zahlen, 2018 veröffentlicht von der US Air Force und kommentiert von General David Goldfein, beschreiben den Klartand bei den Kampffjets F-35, F-22 und F-16. In der Bundeswehr ist die Materiallage von Luftwaffe, Marine und Heer ähnlich desaströs. Der Unterschied zu den USA: Niemand soll davon erfahren.

In dieser Woche übermittelte Generalinspekteur Eberhard Zorn, ranghöchster deutscher Soldat, dem Bundestag den jährlichen „Bericht zur Materiallage der Hauptwaffensysteme“. Er ließ das Papier, anders als in den Vorjahren, in der Geheimschutzstelle des Parlaments hinterlegen. Dort dürfen die Abgeordneten zwar Einblick nehmen. Aber sie dürfen sich weder Notizen machen noch über Inhalte des Reports reden. Zorn begründete die Einstufung als geheime Verschlussangelegenheit mit Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik und dem Schutz der Soldaten. Doch das sind Nebelkerzen. Das erste Argument wird durch die Transparenz der Amerikaner konterkariert. Und der Schutz der Soldaten wird nicht durch das Verschweigen von unangenehmen Zahlen über nicht fliegende Flugzeuge gewährleistet, sondern durch die Ausstattung der Truppe mit funktionierenden Waffen.

Worum es bei der neuen Geheimniskrämerei wirklich geht, offenbart ein Blick auf die Demoskopie. Der Deutschlandtrend von Infratest dimap sieht Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen in einem „Rekordtief“, 70 Prozent der Deutschen sind mit ihrer Arbeit unzufrieden. Das Institut Civey bescheinigte der CDU-Politikerin den niedrigsten jemals gemessenen Zufrie-

denheitswert. Folgt man den Meinungsforschern von Emnid, urteilen 60 Prozent der Bürger, die Ministerin habe ihre Arbeit 2018 schlecht gemacht. Für eine Politikerin, deren Karriere zu einem großen Teil auf ihrer Popularität in der Bevölkerung fußte, bedeuten diese Werte Alarmstufe Rot.

Angesichts von Skandalen wie den Rechtsverstößen bei der Anheuerung externer Berater oder der Steuergeldverschwendung bei der Sanierung des Segelschulschiffs „Gorch Fock“ kann der dramatische Ansehensverlust nicht verwundern. Weitere Schreckensmeldungen aber sollen verhindert werden – zum Beispiel die zur mangelhaften Einsatzbereitschaft. Von der Leyen ist entschlossen, um ihren Ruf zu kämpfen.

Es fehlen ihr nur die Argumente. Die Ministerin hat der Truppe eine „Trendwende Material“ versprochen, eine Vollaussattung mit den für die Aufträge der Streitkräfte benötigten Waffensystemen. Doch auf diesem Weg kommt sie kaum voran. Hans-Peter Bartels (SPD), Wehrbeauftragter des Bundestags, schrieb in seinem Ende Januar vorgestellten Jahresbericht: „Von einer materiellen Vollaussattung ist die Truppe weit entfernt. In allen Bereichen mangelt es an Material.“ Das gelte für den Kampfpanzer Leopard 2, den Schützenpanzer Puma, die U-Boote und Tanker der Marine und die Kampffjets der Luftwaffe. Der Chef des Bundeswehrverbandes, Oberstleutnant André Wüstner, assistierte: „Die Bundeswehr ist, gemessen am Auftrag, nach wie vor im schlechtesten Zustand seit 1990.“

Von der Leyen, seit über fünf Jahren im Amt, widersprach und behauptete ein dynamisches Wachstum: „Wir haben im Schnitt jede Woche einen neuen Panzer in der Truppe, im Schnitt jeden Monat ein neues Flugzeug oder einen neuen Hubschrauber, jedes Jahr ein neues Schiff.“ Belegen ließe sich das nun mit dem Bericht zur Materiallage – wäre er nicht geheim.

Nicht jeder mag einsehen, dass die Interessen der Republik mit den Interessen einer Politikerin vermischt werden. WELT AM SONNTAG konnte deshalb Einblick nehmen in einige aktuelle Waffensystemsteckbriefe aus der sogenannten „Digitalisierung Meldewesen Materielle Einsatzbereitschaft“. Zum Beispiel zu den Hubschraubern des Heeres. So verfügen die Heeresflieger über einen Gesamtbestand von 53 Kampfhubschraubern Tiger. Davon waren im vorigen Jahr durchschnittlich nur 11,6 einsatzbereit. Bei den Transporthubschraubern NH90 waren es 17,5 von 71, bei den CH-53 15,9 von 71.

Das sind Werte zwischen 20 und 25 Prozent, verheerende Zahlen also – wobei das Ministerium die prozentuale Einsatzbereitschaft nicht am Gesamtbestand misst, sondern am sogenann-

Ursula von der Leyens Ansehen bei den Wählern ist im freien Fall. Dagegen setzt sie auf Geheimniskrämerei und skurrile Erfolgsmeldungen. In der Zwischenzeit gehen ihre Generäle im Bundestag betteln

ten Verfügungsbestand. Jene Waffensysteme, die in Wartung sind oder modernisiert werden, werden bei der Berechnung außen vorgelassen, was zu etwas höheren Bereitschaftsquoten um die 40 Prozent führt – immer noch ein extrem schlechter Wert.

Generalinspekteur Zorn behauptet in einem Schreiben an den Bundestag dagegen, die Einsatzbereitschaft liege „im Durchschnitt bei ca. 70 Prozent“. Dahinter steckt ein weiterer Statistikkniff: Statt nur die Hauptwaffensysteme – die „mit Bums“, wie es ein Militär ausdrückt – einzubeziehen, sind auch Lkws oder Feldlazarette Bestandteil des Berichts. Die funktionieren fast alle, was den Durchschnittswert hochtreibt.

Verbrämt räumt Zorn das auch ein. Für die Hauptwaffensysteme gelte nur, dass der „Abwärtstrend weitgehend gestoppt werden“ konnte, formuliert er. Ein Blick auf die Vorjahreszahlen belegt, was das bedeutet. Damals waren von 244 Kampfpanzern Leopard 2 nur 105 einsatzbereit, von 176 Schützenpanzern Puma 48. Es ist also nicht schlechter geworden, aber auch nicht besser. Ähnliches gilt für die Marine, von deren sechs U-Booten 2018 fünf Monate lang kein einziges einsatzbereit war. Auch bei den Kampffjets stabilisierte sich die Lage auf niedrigem Niveau.

Ingo Gerhartz, Inspekteur der Luftwaffe, sah seine Teilstreitkraft im Sommer 2018 am „Tiefpunkt“ angekommen. Das war womöglich vorschnell, denn es könnte noch schlimmer werden. Wenn er dürfte, müsste Gerhartz wie sein US-Kollege Goldfein warnen: „Piloten, die nicht fliegen, werden nicht bei uns bleiben.“ Im vergangenen Jahr kündigten bereits neun dieser hoch spezialisierten Fachkräfte. 2019 könnten weitere folgen. Von der Leyen hat gerade einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem die

von ihr selbst eingeführte Arbeitszeitgrenze für Soldaten von maximal 41 Stunden pro Woche für Eurofighter-Piloten außer Kraft gesetzt wird. Weil Dutzende Dienstposten unbesetzt sind, müssen sie künftig fliegen, wann immer es nötig ist. Die Ministerin, die den Arbeitgeber Bundeswehr „attraktiv, aktiv, anders“ machen wollte, führt nun Regeln für Mehrarbeit ein, welche die Piloten in Sachen Planbarkeit und Gesundheitsschutz auf das Niveau der 60er-Jahre zurückwerfen – nach derzeitigem Sachstand ohne Mehrvergütung. Anders ist das. Attraktiv eher nicht.

Um die Misere beheben zu können, bräuchte von der Leyen drei Dinge: ein funktionierendes Beschaffungswesen, eine erfolgreiche Personalrekrutierung und mehr Geld. Die Reform des Rüstungseinkaufs aber ist in ihrer Amtszeit nicht über den Konzeptstatus hinausgekommen. Die Personalgewinnung brachte zwar eine kleine Steigerung zustande, allerdings nicht nur durch Rekrutierung junger, sondern vor allem durch die Verlängerung der Dienstzeiten älterer Soldaten.

Bleibt das Geld. In Zeiten wachsender Bedrohungen, voller Kassen und an der Seite von CDU-Finanzminister Wolfgang Schäuble schaffte es von der Leyen, ihren Etat schrittweise zu steigern. Doch jetzt beginnt die Steuerquelle weniger ergiebig zu sprudeln, und der Finanzminister wird von der SPD gestellt. Die Sozialdemokraten weisen auf von der Leyens Affären hin: Solange sich die Kosten für die Sanierung eines Segelschiffs mehr als verzehnfachen könnten, solange sie mehr Geld für die Bundeswehr kontraproduktiv.

Schon 2018 musste von der Leyen mit einer offiziellen Protestnote um ihren Haushalt kämpfen, in diesen Tagen läuft die nächste erbitterte Auseinandersetzung mit Schatzmeister Olaf Scholz. Nach aktuellem Stand soll das Wehressort 2020 rund 45 Milliarden Euro erhalten, das sind rund zwei Milliarden weniger, als es verlangt hatte. Noch heikler sind die Eckwerte für die Jahre danach: Stand jetzt fehlt ein zweistelliger Milliardenbetrag zum von der Bundeswehr errechneten Bedarf. Bleibt es dabei, werden Rüstungsprojekte gestreckt und gestrichen werden müssen.

Am Ende muss das Parlament entscheiden, das wissen auch die Inspektoren der Teilstreitkräfte. Sie vertrauen längst nicht mehr darauf, dass ihre Ministerin sich durchsetzt. Abgeordnete berichten von Besuchen der Generäle in ihren Büros. So habe der Luftwaffeninspekteur Gerhartz mit Verve versucht, im Parlament Geld für die von ihm dringend benötigten schweren Transporthubschrauber lockerzumachen. Auch Heeresinspekteur Jörg Vollmer zieht mir einer langen Einkaufsliste durch den Bundestag, um die „Unterstützung der Abgeordneten für die priorisierten

Themen des Heeres“ zu gewinnen, wie es in einer vertraulichen Vorlage heißt.

Vollmer wirbt vor allem um das Material, das benötigt wird, um bis 2023 eine vollausgestattete Brigade für die Nato-Speerspitze aufzustellen. Auf der Bedarfsliste findet sich Großgerät wie Panzer, Aufklärungsmittel wie Radare, Massenware wie Lkws – und, besonders peinlich, Munition. Die Depots sind nahezu leer, ein Teil der noch eingelagerten Geschosse ist zudem überaltert und entpuppte sich bei Übungen als „Rohr-rückfall“. Nötig wären Investitionen von einer halben Milliarde Euro, doch noch ist dieses Geld im Haushalt nicht eingeplant. „Im Bereich der Hochwertmunition des Heeres bestehen derzeit noch größere Risiken aufgrund fehlender Abbildung im 52. Finanzplan“, heißt es in einem vertraulichen Papier. Bleibe es dabei, könne die „Durchhaltbarkeit“ der Nato-Speerspitze 2023 „aufgrund unzureichender Munitionsbestände nicht gewährleistet werden“.

Ursula von der Leyen ignoriert das alles – und behauptet unverdrossen, ihre „Trendwende Material“ komme in der Truppe an. Dabei muten ihre Versuche, Erfolge sichtbar zu machen, skurril bis verzweifelt an. Der Presse- und Informationsstab des Ministeriums bat sämtliche Teilstreitkräfte, „Zuläufe neuen Materials/neuer Ausstattung auch in kleinen Mengen aktiv mithilfe lokaler Presse“ bekannt zu machen. Erste Rückmeldungen fielen nicht wie gewünscht aus: Das Interesse von Lokalzeitungen an Ersatzteillieferungen ist begrenzt.

Also kümmern sich von der Leyen und ihr Chefkommunikator Jens Flosdorff selbst. Auf den Internetseiten der Bundeswehr wird die Ankunft von 29 Motorrädern als Erfolg intelligenter Einkaufspolitik gefeiert. Gebraucht werden jedoch 84, versprochen waren sie für Juli 2018, und gefahren werden können sie erst, wenn auch die Schutzkleidung für die Fahrer angekommen ist – was noch nicht der Fall ist. Ähnlich ist es mit den 100 Nachtsichtbrillen, die die Ministerin Ende Januar persönlich bei der Truppe vorbeibrachte: Gebraucht werden über 4000, da sein sollten sie schon Mitte 2018. Vollzählig waren immerhin die 21 Mountainbikes, die von der Leyen in der Heeresoffiziersschule in Dresden abliefern.

Ihre Ohnmacht demonstrierte die CDU-Politikerin, als sie im Februar auf der Lürssen-Werft dem ersten Stahlschnitt für den Bau der Korvetten 130 beiwohnte. Den Kauf dieser Schiffe hatte nämlich nicht sie, sondern der Bundestag auf Drängen des Marineinspektors Andreas Krause auf den Weg gebracht. Der Vize-Admiral war darüber so glücklich, dass er den Abgeordneten dafür dankte, die Prozesse des Wehressorts umgangen zu haben.